

derem, weil kaum jemand von seiner Überwachung erfährt und benachrichtigt wird.

Mit dieser Politik, die keine Sicherheit schafft, sondern unsere Freiheit und unsere Rechte bedroht, muss endlich Schluss sein!

Wir fordern deshalb:

- Schluss mit der symbolischen Sicherheitsgesetzgebung, die den Geheimdiensten immer neue Überwachungsbefugnisse einräumt – ohne messbaren Sicherheitsgewinn.
- Vollständigen gerichtlichen Prüfungs- und Kontrollmaßnahmen. Alle Überwachungsmaßnahmen müssen durch Gerichte überprüfbar sein.
- Volle Wiederherstellung des Fernmeldegeheimnisses in Artikel 10 Grundgesetz: Überwachung nur in seltenen Ausnahmefällen, und nur nach vorheriger Prüfung und Genehmigung durch die G10-Kommission. Das gilt für alle Telefonüberwachungsmaßnahmen, egal ob gegen In- oder Ausländer:innen.

- Lückenlose Kontrolle aller Geheimdienste des Bundes durch die Datenschutzbeauftragten. Das Aussperren der Datenschützer muss ein Ende haben; allein eine Kontrolle durch G10 und Parlament reicht nicht aus.

- Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte: Es darf nicht sein, dass Kontrollbefugnisse von der Regierungsmehrheit abhängig sind.

erschienen in der FfF-Kommunikation,
herausgegeben von FfF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fff.de

Schluss mit der populistischen Symbolpolitik. Sicherheitspolitik muss sich ausschließlich an den Interessen des internationalen Terrorismus orientieren und mit den richtigen Maßnahmen. Die Grundrechte müssen im Mittelpunkt stehen, die Grundrechte achten von Innenpolitiker:innen verkommen. Eine restriktivere Law-and-Order-Politik profilieren wollen.

Dafür lasst uns heute feiern!

Dank an Sven Lüders für die Erstellung der Erstfassung des Textes.

Michael Rediske und Daniel Mossbrucker, Reporter ohne Grenzen

Überwachungspolitik gefährdet die Pressefreiheit

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

63 Prozent der Deutschen haben im vergangenen Monat bei einer Umfrage gesagt, dass ein Terror-Anschlag zu den Dingen gehört, vor denen sie am meisten Angst haben. Die Politik kann solche Ängste nicht ignorieren, sie muss handeln. Aber mittlerweile ist das Narrativ „Sicherheit über alles, Sicherheit um jeden Preis“ zum Totschlagargument in der politischen Diskussion bei uns geworden. Wenn es um mehr Überwachung geht, dann ist von Schutz der Pressefreiheit kaum noch die Rede.

Die Liste allein der vergangenen vier Jahre ist lang: Vorratsdatenspeicherung, Datenhehlerei, BND-Gesetz, Staatstrojaner – ich könnte die Liste fortsetzen. Die Große Koalition hat in mindestens elf Gesetzen in den vergangenen zwei Jahren Überwachungsgesetze ausgebaut: Entweder wurden bestehende Befugnisse ausgeweitet, neue Maßnahmen erlaubt oder – in den Medien weit weniger beachtet – Daten wurden zusammengeführt in neuen Datenbanken, auf die mehr Behörden Zugriff haben.

Reporter ohne Grenzen hat sich bei diesen vier Gesetzesvorhaben eingebracht: Mit Lobby-Gesprächen, öffentlichen Protestaktionen oder Online-Kampagnen. Gegen den Datenhehlerei-Paragrafen haben wir Verfassungsbeschwerde eingelegt, beim BND-Gesetz bereiten wir die Klage derzeit vor. Karlsruhe wird mehr und mehr der letzte Ausweg, Bürgerrechte zu verteidigen oder, wofür wir uns einsetzen, Journalisten vor Überwachung zu schützen. Etwas zu verändern, war schwierig bis unmöglich.

Mehr Überwachung bedeutet zwangsläufig weniger Freiheit – und in den vergangenen vier Jahren leider auch weniger Pressefreiheit.



Reporter ohne Grenzen beobachtet seit Jahren, dass die Pressefreiheit weltweit unter Druck gerät. Nicht nur in der Türkei, in Polen oder Ungarn, sondern auch in Demokratien, deren Regierungen noch nicht dem nationalistischen Rechtspopulismus in die Hände gefallen sind.

Nicht nur Deutschland, viele andere demokratische Staaten haben ihre Überwachung ausgeweitet, kritische Journalisten sind in deren Fokus geraten. Wir haben vor drei Jahren einmal intern ausgewertet, bei wie vielen ausländischen Journalisten, die wir unterstützt haben, digitale Überwachung die Verfolgung in ihrem Land unterstützt hat – es waren fast 50 Prozent.



Nicht nur, aber auch die abschreckenden internationalen Vorbilder sollten die deutsche Politik ermahnen – ermahnen, mit Augenmaß vorzugehen. Bringen immer neue Gesetze wirklich mehr Sicherheit? Helfen uns immer größere Daten-Berge wirklich, die Bösen herauszufiltern? Wir haben da große Zweifel.

Auch wenn es viele Politiker nicht hören wollen: In einer vernetzten Welt gibt es keine deutsche, türkische oder US-amerikanische Pressefreiheit mehr. Wer dem BND erlaubt, ausländische Journalisten zu überwachen und diese Daten mit ausländischen Diensten zu teilen, der nimmt in Kauf, dass die Journalisten deswegen in ihrer Heimat unter Druck geraten.

Die Überwachungspolitik der Großen Koalition wirkt nicht nur für deutsche Journalisten und ihre Informanten einschüchternd. Sie gefährdet Journalisten in anderen Ländern, verhindert damit so dringend notwendige Stabilität – und damit auf lange Sicht das, was sie eigentlich bezwecken soll: Sicherheit.

Gerade auch in Zeiten von Terrorangst und einer Großen Koalition, in der mit 80-prozentiger Mehrheit nahezu alles von der Regierung durchgedrückt werden konnte, müssen wir weiter lautstark protestieren, wenn die Überwachungstechnologie immer weiter um sich greift, wenn immer mehr Datenmengen gesammelt und miteinander verknüpft werden.

Aber es gibt dann auch immer wieder Entwicklungen, die uns hoffnungsvoll stimmen. Und mit einem Mut machenden Beispiel möchte ich zum Schluss kommen:

Wir setzen uns bei ROG dafür ein, dass der internationale Handel mit Überwachungstechnologie strenger reguliert wird. Auch

deutsche Firmen haben in der Vergangenheit an Staaten wie Syrien geliefert. Späh-Software, mit der dann Journalisten, Oppositionelle und Menschenrechtsverteidiger gejagt werden können.

Seit 2012 arbeiten wir an diesem Thema, und die Erfolge kommen in kleinen Schritten, aber sie kommen: Vor einem Jahr hat die EU-Kommission einen Entwurf für eine Neufassung der sogenannten Dual-Use-Verordnung vorgelegt. Dual-Use-Güter sind solche, die sowohl für harmlose zivile als auch für militärische oder Spionage-Zwecke eingesetzt werden können. Darin wird unter anderem geregelt, ob europäische Firmen Trojaner, IMSI-Catcher oder Software zur Vorratsdatenspeicherung an Drittstaaten verkaufen dürfen. Es ist eine der wenigen Gesetzesinitiativen, die wir nicht abwehren, sondern verteidigen müssen. Die Kommission will Menschenrechte explizit als Kriterium einführen, mit denen Exporte untersagt werden dürfen. Es wäre ein Meilenstein.

Die Industrie wettet natürlich gegen den Vorschlag, den Mitgliedstaaten – auch Deutschland – ist die Neuregelung zu weitgehend. Also heißt es für uns, hier Stellung zu beziehen und das Zeichen zu setzen, dass wir Menschenrechte wie die Pressefreiheit weltweit schützen wollen. Derzeit liegt der Entwurf im europäischen Parlament, im Oktober gibt es eine ganz entscheidende Abstimmung dort.

Wir werden die Parlamentarier darin unterstützen, den Entwurf anzunehmen und dem Druck der Industrie nicht nachzugeben.

Wer die Freiheit verteidigen will, braucht einen langen Atem – aber den haben wir. Es lohnt sich.

